

**Dr. Wolfgang Schäuble**

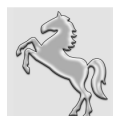
**Das Christliche in der Politik  
und die Integration des Islam**

**35**

**Rechtspolitik in der Diskussion**

---

LACDJ  
Landesarbeitskreis  
Christlich-Demokratischer Juristen



**CDU**

1. Auflage

Redaktion dieses Heftes:  
Rechtsanwalt Lothar C. Rilinger, Hannover

Herausgegeben von der CDU in Niedersachsen  
XII/2009

# **Das Christliche in der Politik und die Integration des Islam**

von

**Dr. Wolfgang Schäuble MdB**  
Bundesminister des Inneren a.D.  
Bundesminister der Finanzen

Dokumentation einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
in Zusammenarbeit mit dem LACDJ Niedersachsen am 8. Juni 2009  
in Hannover



## Inhalt:

<b>I. Editorial</b> von <b>Lothar C. Rilinger</b> .....	Seite 7
<b>II. Begrüßung</b> durch <b>Jörg Jäger</b> , Leiter des Bildungswerkes Hannover der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.....	Seite 9
<b>III. Grußwort:</b> <b>Bernd Busemann MdL</b> , Justizminister des Landes Nieder- sachsen.....	Seite 11
<b>IV. "Das Christliche in der Politik und die Integration des Islam"</b> <b>Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB</b> ,.....	Seite 17
<b>V. Schlusswort:</b> <b>Harald Schliemann</b> , Vorsitzender Richter am Bundesarbeits- gericht a.D., Justizminister des Landes Thüringen a.D. ....	Seite 31
<b>V) Autoren</b> .....	Seite 33



## **I. Editorial**

Ohne eine denkerische Grundlage kann ein Staat nicht existieren. Staatsrechtlich wird zwar definiert, wann sich ein Zusammenschluss von Gemeinschaften und auch Gesellschaften als ein Staat bezeichnen könne - nur dann, wenn ein Staatsvolk, eine Staatsgewalt und ein Staatsgebiet vorhanden ist. Doch ob der Staat dann auch eine Zukunft hat, hängt davon ab, ob - wie es Norbert Elias formuliert hat - die Minderheit die Entscheidung der Mehrheit als eigene akzeptiert. Diese Akzeptanz ist aber nur zu erreichen, wenn die einzelnen Mitglieder des Staatsvolkes zwar politisch verschiedene Ansichten haben können, doch von einem gleichen Wertefundament aus argumentieren - wenn die Minderheit folglich in der Entscheidung der Mehrheit auch die eigene Grundlage ihres Denkens erkennt.

Was ist also das, was die Welt im Innersten zusammenhält, um mit Faust zu sprechen, der ja auch wie sein späterer geistiger Vater Jurist war. Was ist also die denkerische Grundlage unseres Staates, der älter ist als seine Geburtsstunde in Versailles annehmen lässt. In der Weihnachtsnacht 800 nach Christi, in der Nacht, als Karl der Große gekrönt und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das Alte Reich, gegründet wurde - in dieser Nacht ist das Christliche, die jüdisch-christliche Ethik Grundlage jeglichen Staatshandelns geworden. Die sich aus den beiden Testamenten ergebende ethische Tradition wurde zur Staatsräson, zur Grundlage des Staates, der sich im Laufe der Geschichte verschiedene Namen und verschiedene staatsrechtliche Ausgestaltungen gab und der heute unter dem Namen "Bundesrepublik Deutschland" Teil der Staatenfamilie geworden ist.

Das Christliche war und ist die Grundlage - auch für die, die sich als Agnostiker oder gar als Atheisten empfinden -, diese Tradition spiegelt sich in der Gesetzgebung wider, die ja nichts anderes ist als der Ausfluss des Dekaloges, und zwar in der von Kant säkularisierten Form des Sittengesetzes. Doch es treten vermehrt Personen aus dem arabischen Kulturkreis und aus dem der Turk-Völker in unsere Gesellschaft ein. Deshalb stellt sich nunmehr die Frage, wie die jüdisch-christlich ethische Tradition sich zu der ganz anderen, zu der islamischen Tradition verhalten soll. Hat sich auf Grund dieser neuen Einflüsse die seit über 1.200 Jahren bestehende Staatsräson überlebt und müssen nun ethische und rechtliche Elemente aus dem Islam übernommen werden? Oder muss nicht vielleicht doch unsere tradierte jüdisch-christliche ethische Tradition nach wie vor Grundlage unseres Staatswesens bleiben? Diese Fragen haben wir uns in einer öffentlichen Aussprache

gestellt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung und der Landesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (LACDJ) in Niedersachsen haben deshalb den Bundesinnenminister Dr. Schäuble MdB zu einem Vortrag über das Christliche in der Politik und über das Verhältnis zum Islam eingeladen. Die anlässlich dieser Aussprache vorgetragenen Gedanken dokumentieren wir in unserer neuen Ausgabe.

L. C. Rilinger

## **II. Begrüßung durch Jörg Jäger, Leiter des Bildungswerkes Hannover der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

Ich begrüße Sie recht herzlich im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung Hannover und des Landesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, meist benannt als LACDJ in Niedersachsen, die beide diese Veranstaltung heute gemeinsam durchführen.

Es ist die Aufgabe der Konrad-Adenauer-Stiftung, nicht nur Erinnerungskultur zu fördern, nicht nur politische Bildung in allen Teilen der Gesellschaft zu leisten, sondern es geht auch und vor allem darum, Denkanstöße zu liefern und Plattformen für den Meinungs austausch zu bieten.

Die heutige Veranstaltung ist so ein Beispiel dafür. Ich freue mich, dass Sie verehrter Minister Dr. Schäuble heute im Anschluss an Ihre Teilnahme beim Deutschen Präventionstag gleich zu einem spannenden Thema zu uns sprechen. Wir heißen Sie alle herzlich Willkommen. Wie ich weiß, sind Sie heute schon zum zweiten Mal in Hannover. Herzlich Willkommen Herr Minister.

Eine Veranstaltung vor wenigen Wochen zum Thema Integration und Migration durch unser Bildungswerk in Hannover endete mit einer provokanten Feststellung eines durchaus konservativen Politikwissenschaftlers und Buchautors. Er behauptete felsenfest am Schluss seiner Ausführung, der Staat Deutschland - damit waren Bund, Länder und Gemeinden angesprochen - habe bei der Integration von Migranten versagt. Es sei Aufgabe, so behauptete er, dass nunmehr die Bürgergesellschaft selbst Initiative zeigt. Jedem Anwesenden bei dieser Veranstaltung war klar, dass mit dem Begriff Bürgergesellschaft wir selbst, wir Mitbürger angesprochen waren. Aufgefordert wurde, mehr Eigeninitiative zu entfalten, als das bisher der Fall ist.

Unbeschadet der Tatsache, ob man dieser provokativen Auffassung des staatlichen Scheiterns folgt oder nicht, wir sind damit bei einem von vielen wichtigen zentralen Themen unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Wer hat eigentlich was von wem zu erwarten und wie und unter welchen Voraussetzungen kann Integration gelingen?

Auch für uns als Konrad-Adenauer-Stiftung ist es wichtig, den Dialog zwischen den Religionen zu fördern, indem wir Wege zu Schnittmengen aufzeigen, aber auch Grenzen des Miteinanders der Kulturen und religiösen Anschauungen aufzeigen.

Heute geht es um das Christliche in der Politik und die Integration des Islam. Ich freue mich, dass auch einige eingeladene Vertreter von Religionsgemeinschaften, von Interessenverbänden als auch Integrationsbeauftragte des Landes sowie Vertreter der Integrationsleitstelle hier in Hannover zugegen sind. Herzlich Willkommen auch Ihnen.

Ich danke Herrn Rilinger, dem Landesvorsitzenden des LACDJ für die Initiative, zu der heutigen Veranstaltung und seiner Moderation sowie Herrn Harald Schliemann, seines Zeichens u.a. ehemaliger thüringischer Justizminister und nun aktiver Mitstreiter beim LACDJ Niedersachsen, für die Unterstützung und die Podiumsteilnahme.

Ein Dankeschön an dieser Stelle Herrn Minister Busemann als niedersächsischer Justizminister für sein gleich folgendes Grußwort.

Wir sind, das darf ich vorweg sagen, ja heute auch unter vielen Juristen und deshalb haben wir den Justizminister gebeten, die Veranstaltung zu eröffnen. Das Ganze wohlwissend, Herr Busemann, dass federführend zuständig für das Thema Integration Ihr Kollege Uwe Schünemann ist. Insofern darf ich an dieser Stelle hinweisen auch auf eine Broschüre des Innenministers, an das Programm "Handlungsprogramm Integration 2008", aus dem Ministerium für Inneres, Sport und Integration. Eine gute Einstiegslektüre zu dem Thema und ein Hinweis dessen, was das Bundesland Niedersachsen an praktischen Dingen tut und zu gedenken tut.

### **III. Grußwort von Bernd Busemann MdL, Justizminister des Landes Niedersachsen**

Gestatten Sie mir, mein Grußwort in der Form vorzutragen, dass ich einfach ein paar persönliche Bemerkungen mache. Es geht heute um das Christliche in der Politik. Ich selber bin, wie die meisten wissen, katholischer Christ aus dem Emsland. Ich bin dort groß geworden, christlich erzogen worden und irgendwann in die Politik gekommen. Natürlich versucht man, etwas von dem, was man als Glauben hat, woran man glaubt, in die Politik herüberzubringen. Christlich-soziale Elemente, auch Elemente der Toleranz, der gegenseitigen Achtung, gehen in Sachfragen mitunter verloren. Dann findet man es gar nicht wieder, aber man ist ja auch einer von vielen im Parlament. Trotzdem nehme ich für mich in Anspruch, dass mein politisches Leben auch schon so ein bisschen dadurch geprägt ist, dass ich das, was ich gelernt habe, wie ich erzogen wurde, was ich persönlich unterschreibe, immer versuche, in der Politik auch entsprechend anzuwenden. Das ist manchmal gar nicht so einfach, und Musterchrist ist man allemal nicht. Aber es ist eine Leitlinie, woran sich zu orientieren lohnt.

Und ich bin immer dankbar festzustellen, dass ich in einem freien Land bin, in einem offenen Land bin, wo die Religionsausübung, die Umsetzung meiner persönlichen, auch religiösen Vorstellungen in der Politik, möglich ist, soweit das eben geht. Ich bin dankbar, dass ich nicht gehindert werde an dieser Form der Religionsausübung, auch in der praktischen Politik. Das ist ein großer Vorzug, und wir sehen, dass das nicht in allen Teilen der Welt so ist, und ich sage das als Christ. In manchen Ländern stoßen die Schwestern und Brüder des gleichen Glaubens auf Hindernisse, egal wie sie sich artikulieren wollen, wenn es eben auch darum geht, ihren Glauben zu praktizieren. Manchmal werden sie sogar verfolgt, ja, gepiesackt, jedenfalls zurückgesetzt. Die Ausübung des Glaubens - was wir für selbstverständlich halten - wird gestört.

Zu mir selber, wie gesagt: Ich bin Christdemokrat. Ich registriere sehr stark, gerade in den letzten Monaten, dass die Menschen in schwieriger Zeit auf der einen Seite schon mehr denn je Werteorientierung haben wollen. Auf der anderen Seite - das hat jetzt mal nichts mit Kirchenzugehörigkeit zu tun - sage ich mal ganz frei, merken sie, das etwas los ist in der Politik. Da kommt das ganze Thema Manager und Wirtschaftskrise und alles, was da zu subsumieren ist. Manche fragen sich, haben die denn gar keinen Kompass mehr, haben die denn gar keine Orientierung mehr? Wonach richten die sich überhaupt?

Hier sehe ich also gewisse Brüche und hier müssen wir, glaube ich, alle miteinander, auch in unserem praktischen politischen Tun dafür sorgen, dass die Menschen wieder merken: Da sind noch Leute mit einem Kompass, da sind Leute mit Wertorientierung, da sind Leute mit christlichen Grundsätzen, wonach sie dann auch ihre Politik, ihr praktisches Handeln ausrichten.

Eine weitere Bemerkung zum Thema Islam und Verfassung: Nicht nur die große Politik hat sich fortwährend mit den Leitlinien des Zusammenlebens der Menschen in unserem Land zu beschäftigen, gerade weil ja gesagt wurde: Der Innenminister ist für die Integration zuständig. Das ist völlig richtig, aber dann und wann ist eben auch die Justiz mit der Thematik befasst und ich will Ihnen durchaus sagen, dass natürlich im Zuständigkeitsbereich der Justiz auch die unabhängige Gerichtsbarkeit angesiedelt ist. Das sind unsere Richterinnen und Richter. Auch in den Zeiten veränderter Fragestellungen muss die Justiz sich dann und wann eben auch auseinandersetzen und sich mit Religionsgemeinschaften befassen, muss sich mit schwierigen Einzelproblemen befassen. Hier war und ist zu entscheiden, zum Beispiel über die berühmte Kopftuchfrage bei muslimischen Lehrerinnen. Da ist die Frage, zum Beispiel des von Eltern verordneten Schwimmverbots für Mädchen islamischen Glaubens, oder in anderen Zusammenhängen, des Schächtungsverbots bei Tieren. Also die Justiz hat durchaus auch mit Fragestellungen zu tun, die sozusagen ins Eingemachte gehen.

Derartige Streitfälle waren bei der Geburt des Grundgesetzes vor 60 Jahren, wie ich glaube, eher nicht vorhersehbar. Im Jahre 1950, also kurz nach Inkrafttreten des Grundgesetzes, gehörten gut 95% der Bevölkerung einer der beiden großen christlichen Kirchen an. 1970 waren es immerhin noch 93%. Angesichts dieser homogenen Struktur haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes den staatlichen Institutionen religiöse und weltanschauliche Neutralität auferlegt und eine Staatskirche dann auch verboten. Ich verweise auf Artikel 140 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 137 der Weimarer Verfassung und eben darauf, dass heute Artikel 4 Absatz 2 des Grundgesetzes jederzeit die ungestörte Religionsausübung gewährleistet. Das gilt für Moslems genauso wie für Christen.

Wir müssen, das will ich einschieben, in diesem Zusammenhang jedoch aufpassen, dass die extensive Auslegung dieser Religionsausübungsfreiheit nicht zu einem Freibrief für Verhaltensweisen führt, die nur noch am Rande einen religiösen Bezug haben. Es kann nicht als Regel davon ausgegangen werden, dass alles, was von einzelnen Personen unter religiösem Etikett oder mit religiöser Motivation vollzogen wird, ohne wei-

teres auch den Tatbestand der Religionsausübung im Sinne der Verfassung erfüllt. Also man darf nicht sozusagen etwas als religiös bedingt und berechtigt anführen, was möglicherweise diesen Hintergrund gar nicht hat.

Eine dritte Bemerkung zum Thema Integration der Muslime in Niedersachsen: In Niedersachsen leben 1,3 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund aus 195 Nationen. Die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist vor diesem Hintergrund eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Das gilt insbesondere mit Blick auf die muslimischen Mitbürger. Die Zuwanderergruppe der Muslime wächst und gewinnt zunehmend an Einfluss. In Deutschland leben schätzungsweise 3,5 Mio., davon rd. 200.000 in Niedersachsen und schon jetzt stellen die Muslime nach den Christen die zweitgrößte Religionsgruppe in Deutschland.

Wenn ich es noch weiter eingrenze, auf die, welche ihren Glauben tatsächlich aktiv praktizieren, hier die Christen, dort die Muslime, dann ist das Verhältnis vielleicht doch noch näher beieinander als beschrieben durch die Zahlen, die ich eben genannt habe. Der Staat hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, den muslimischen Mitbürgern gleichberechtigte Teilhabe im Rahmen des Grundgesetzes zu ermöglichen. Wir müssen beispielsweise auch eine Lösung finden, um der Religionsfreiheit nach Artikel 7 Grundgesetz auch für Muslime gerecht zu werden. Es ist eben wichtig, dass Staat und Gesellschaft im interkulturellen Dialog mit den Muslimen Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft in Deutschland und in Niedersachsen entwickeln.

In Niedersachsen, das sage ich auch sehr bewusst als jemand, der von 2003 bis 2008 hier Kultusminister war, haben wir, glaube ich, in guter Weise zueinandergefunden, um die Dinge, soweit sie regelbar sind, auch zu regeln. Basierend auf Vorarbeiten meiner damaligen Amtsvorgängerin, Frau Jürgens-Pieper, habe ich 2003 einen Verhandlungsstand übernommen, wo es darum ging, kriegen wir es schon hin, vielleicht im Wege eines Schulversuchs islamischen Religionsunterricht zu leisten. Wir haben am Ende zueinander gefunden und dann - 2004 / 2005 ist es losgegangen - haben wir islamischen Religionsunterricht in Niedersachsen eingeführt, und das baut sich Jahr für Jahr auf. Ich denke, es ist durchaus ein Erfolgsmodell.

Ich weiß, dass damals viel Kritik unterwegs war: Ja, was macht ihr denn da, und was soll denn das und warum gerade hier?. Manch einer wird die Vorbehalte möglicherweise noch in Erinnerung haben. Ich kann Ihnen nur sagen, wenn in dieser großen Anzahl von 40.000 oder 50.000

schulpflichtige Kinder islamischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in Niedersachsen leben, dann haben sie auch Anspruch darauf, dass sie in der Schule hinreichend viel über ihre Religion erfahren. Das können wir nicht, ich sage das mal etwas krass, dubiosen Koranschulen in irgendwelchen Hinterkammern überlassen, um uns dann zu wundern, dass vielleicht falsche Ergebnisse dabei rauskommen.

Dann ist es eine staatliche Aufgabe im Konsens mit staatlicher Verantwortung und in staatlicher Regelung, islamischen Religionsunterricht zu machen. Wir haben uns in Niedersachsen zusammengefunden, man hat sich auf die Glaubensinhalte verständigt, das Ganze auf Basis unseres Grundgesetzes, unserer Verfassung, der Rahmenrichtlinien des niedersächsischen Kultusministeriums, und ich darf konstatieren, der Religionsunterricht ist durchaus ein Erfolgsmodell.

Auf der gleichen Linie liegt die Aktivität, jetzt etabliert an der Universität Osnabrück, dass wir eben islamische Religionslehrer entsprechend ausbilden. Denn was nützt es, wenn wir sagen, wir formulieren einen Anspruch für die Schülerinnen und Schüler, wenn die Lehrkräfte sozusagen nicht mitwachsen. Auch das haben wir in Angriff genommen.

Und ich will Ihnen nicht verhehlen, gerade durch viele Begegnungen mit islamischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, dass diese Maßnahmen mehr als nur eine Geste ist. Bei der islamischen Bevölkerung hat das außerordentlich vertrauensbildend gewirkt, von wegen, die reden nicht nur, die nehmen diese Dinge eben auch ernst und tun ihr Teil dazu, in der Religion auszubilden, Integration zu betreiben und anderes mehr.

Eine letzte Bemerkung meine Damen und Herren, das ist die Frage, wie wir auch rechtlich miteinander umgehen. Da ist ja immer noch die Fragestellung, wann erlangen die Muslime, erlangt die islamische Seite den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Mit der katholischen Kirche hat das Land Niedersachsen ein Konkordat, mit der evangelischen Seite einen Staatsvertrag. Der Ministerpräsident hat, - das ist glaube ich schon zwei, drei Jahre her - durchaus mal angedeutet, wenn die entsprechenden Organisationsstrukturen gefunden sind, kann man ähnliches durchaus auch mit der islamischen Seite machen. Da hat es auch schon, ich glaube basierend auf einem Rechtsstreit, der aus Nordrhein-Westfalen angestrengt wurde, Festlegungen in der deutschen Gerichtsbarkeit gegeben, wann zum Beispiel auch Muslime, die islamische Gemeinschaft Körperschaftsstatus bekommen kann. Voraussetzung ist eine entsprechende Erkennbarkeit, was die Mitgliedschaft anbelangt, was die Organisationsstruktur anbelangt, was die Führungsstruktur anbelangt. Wenn das geklärt ist,

kann man den Körperschaftsstatus erhalten. Dann können auch entsprechende vertragliche Regelungen, denke ich, zum Beispiel zwischen einem Land Niedersachsen und der islamischen Seite getroffen werden, was vielleicht auch ein Stück Fortentwicklung ist.

Es war mir ein Anliegen, diese paar Vorbemerkungen machen zu dürfen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich dann auf den weiteren Verlauf des Abends.



## **IV. Das Christliche in der Politik und die Integration des Islam**

**Bundesminister  
Dr. Wolfgang Schäuble MdB**

Vor wenigen Wochen hat es in Berlin einen Volksentscheid nach einer längeren Auseinandersetzung über das Für und Wider religiösen Bekenntnisunterrichts gegeben. Eine von der Union, den Kirchen, auch vom Zentralrat der Juden, einigen islamischen Organisationen und Prominenten unterstützte Bürgerinitiative versuchte, die Religionspolitik des rot-roten Senats zu kippen. Ihnen als Juristen muss ich den rechtlichen Hintergrund des Konflikts nicht erklären; Sie kennen auch das Ergebnis des Volksentscheids. Die Vorgeschichte der Auseinandersetzung in Berlin aber ist – bei allen rechtlichen Besonderheiten des Landes Berlin in religionsverfassungsrechtlichen Fragen – aufschlussreich für die Frage nach der Zukunft des Christlichen in der Politik und für die Beantwortung dieser Frage in einer Zeit, in der uns die Integration von Millionen Muslimen und ihrer Religion intensiv beschäftigt. Wir haben hier in der Tat Defizite. Deswegen hat die Bundeskanzlerin am Beginn dieser Legislaturperiode es als einen Schwerpunkt unserer Politik bezeichnet, die vorhandenen Defizite zu bekämpfen, was wir mit großer Kontinuität in Bund, Ländern und Kommunen tun.

Als Anlass für die Einführung des allgemein verpflichtenden wertorientierenden Schulfachs Ethik in Berlin diente dem rot-roten Senat ein grausames Verbrechen, in dem Integrationsprobleme und religiöser Fundamentalismus eine Rolle spielten. Hatun Sürücü – eine junge türkische Mutter, die sich aus ihrer Zwangsehe gelöst und in Berlin ein selbstbestimmtes Leben begonnen hatte – war 2005 von Angehörigen ihrer Familie ermordet worden, weil sie angeblich gegen die Familienehre und gegen die Ehre Gottes verstoßen hat. So sehr sich die Experten auch einig sind, dass die Legitimierung eines solchen angeblichen „Ehrenmordes“ mit traditionellen Geschlechterrollen und einem angeblich islamischen Familienverständnis jeder Grundlage entbehrt: der Öffentlichkeit hat sich der Mord an Hatun Sürücü genau so eingebrannt. Vielen gilt er als Sinnbild gescheiterter Integration von Zuwanderern mit einer anderen, nämlich der islamischen Religion.

In Berlin meinte man, die Antwort müsse darin bestehen, ein verpflichtendes Schulfach einzuführen, das Werte in einer generell von

Religion abgetrennten Weise vermittelt. Um die vielen Religionen in Berlin – die Rede ist oft von 140 eingetragenen Religionsgemeinschaften – zu integrieren, ist es nach dieser Auffassung notwendig, das gesellschaftliche Gespräch über Werte und Lebensorientierung möglichst frei von Religion und religiöser Orientierung zu halten. Das ist die Auffassung, die der Einführung des Ethik-Unterrichts zugrunde liegt. Nach dieser Logik muss die Präsenz neuer Religionen in Deutschland und insbesondere die Integration von Muslimen auf Kosten des Christlichen in Politik und Gesellschaft von statten gehen. In Berlin machte man das konkret am konfessionellen Religionsunterricht fest, der in eine Randstellung abgedrängt wurde, im Kontrast zur religionsverfassungsrechtlichen Praxis fast aller anderen Bundesländer.

Hinter dem speziellen Problem, um das in Berlin gestritten wurde und gestritten wird, steht die grundsätzliche Frage, wie sich Christliches in der Politik verbinden lässt mit einer Gesellschaft, die religiös pluraler wird. Nicht wenige – in Berlin, aber auch anderswo in Deutschland – sind der Ansicht, die Integration der Muslime und damit die Eingliederung des Islam in unsere Gesellschaftsordnung sei auch deshalb schwierig, weil unsere politische Kultur noch zu christlich sei. Wir sollten, das ist damit gemeint, säkularer werden, uns von diesen Traditionen verabschieden, um angemessen mit den Herausforderungen einer als „multikulturell“ bezeichneten Gesellschaft umgehen zu können.

Ich will ganz deutlich sagen, dass ich das für rundherum falsch halte. Natürlich haben wir eine religiös plurale Gesellschaft, und jeder, der sich für unser Land verantwortlich fühlt, jeder Politiker, jeder Bürger, muss ein Interesse daran haben, dass wir gemeinsam die institutionellen Formen finden, die dem auf rechtlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene entsprechen. Aber das bedeutet nicht, dass wir den neu zu uns Hinzugekommenen zuliebe all das aufgeben sollten, was traditionell zu unserer eigenen Kultur gehört. Ich bin dem Konzept des „Multikulturalismus“ immer skeptisch gegenüber gestanden, und zwar genau aus diesem Grund.

Richtig ist, dass das Christliche in der Politik nicht auf Kosten der religiösen Vielfalt in unserem Land betont werden darf. Das ist auch verfassungsrechtlich völlig unbestritten und unbestreitbar. Christliche Politik darf im Kontext der Integration von Muslimen weder bedeuten, dass nur christlich geprägte Politiker sich über die Rolle des Islam Gedanken machen, noch dass der Staat sich nach christlichem Ebenbild gewissermaßen einen Wunschislam zimmert, der dann exklusiver Ansprechpartner ist. Diese Fragen müssen wir im

gemeinsamen Gespräch angehen und aus diesem Grund habe ich 2006 die Deutsche Islam Konferenz ins Leben gerufen.

Aber auch der Dialog erübrigt nicht die Frage, wie das Christliche in einer religiös pluralen Gesellschaft in die Politik eingebracht werden kann. Denn ganz gleich, zu welchen Ergebnissen ein solcher Dialog führt, stellen die demografischen Veränderungen in Folge von Migration gerade christlich geprägte und gesinnte Politiker vor ungewohnte Aufgaben. Ob es gelingt, mit den Wählerinnen und Wählern immer wieder in Verbindung zu bleiben, Verbindung herzustellen, zu kommunizieren, ist letzten Endes entscheidend für den politischen Erfolg. Wählerinnen und Wählern verfügen öfter als früher nicht über den christlichen Bildungs- und Erfahrungshintergrund, der christlich geprägten Politikern die Kommunikation und das Erzielen eines gemeinsamen Verständnisses mit den Bürgern erleichtert könnte.

Mit dieser Wirklichkeit müssen wir umgehen lernen. Denn wie immer genau die religiöse Entwicklung in unserem Teil der Welt im 21. Jahrhundert aussehen wird – und das kann niemand so genau vorhersehen –, scheint mir doch eines klar zu sein: sie wird nicht zurückführen zu einer Zeit, in der man an der Herkunft eines Deutschen schon sagen konnte, ob er evangelisch oder katholisch war; und in der etwas anderes als diese beiden Möglichkeiten ohnehin kaum in Frage kam.

Aber all diese Veränderungen machen christliches Engagement in der Politik nicht unmöglich. An dieser Stelle liegt aus meiner Sicht der Trugschluss des Säkularismus. Ich bezweifle auch ausdrücklich, dass uns eine solche Abstinenz irgendeinen Ansehensgewinn bei unseren islamischen Mitbürgern oder in islamischen Ländern bringen würde. Denken Sie an den Karikaturenstreit vor einigen Jahren. Die Empörung, dass in einem europäischen Land eine solche als grobe Missachtung von Religion empfundene Veröffentlichung geschehen konnte, war in weiten Teilen der islamischen Welt groß. Aber es half nichts darauf hinzuweisen, dass es in Europa auch analoge Karikaturen zu christlichen Motiven gibt. Die Kritik richtete sich dagegen, dass religiöse Themen überhaupt so dargestellt werden dürfen. Verstehen sie mich nicht falsch: Was immer man von jenen Karikaturen halten mag, sie zu veröffentlichen war von der Pressefreiheit gedeckt, und ich bin fest davon überzeugt, dass die Freiheitsrechte des Grundgesetzes nicht verhandelbar sind. Aber es ist eben illusionär zu meinen, Muslime hätten gegen eine vollkommen säkulare Gesellschaft weniger einzuwenden als gegen christliche Traditionen und christliches Engagement – ich glaube, das Gegenteil ist der Fall.

Das mag auch daran liegen, dass viele Muslime nicht den Irrtum der Säkularisten teilen, dass ein Engagement aus religiösen Überzeugungen heraus gleichzusetzen ist mit einem politischen Verständnis von Religion. Das sind zwei verschiedene Dinge. Es gibt ja die eine christliche Politik genauso wenig wie die eine jüdische, buddhistische oder islamische Politik. Ich spreche bewusst nicht von christlicher Politik, sondern vom Christlichen in der Politik, und wir christlichen Demokraten haben auch nie gesagt, dass wir einen Monopolanspruch darauf hätten, das Christliche in der Politik zu vertreten oder dass die Heilige Schrift eine Art Parteiprogramm sei. Das sind zwei verschiedene Dinge und das ist die Voraussetzung für die Universalität der Menschenrechte und für die Freiheitsordnung.

Es ist aus meiner Sicht wichtig für die Zukunft unseres Gemeinwesens, dass wir das Christliche in der Politik nicht verlieren. Das will ich an zwei ganz wesentlichen öffentlichen und privaten Funktionen von Religion deutlich machen.

Der erste Grund ist, dass Politik in der Demokratie aus dem Engagement lebt. Das betrifft Berufspolitiker genauso wie alle Bürgerinnen und Bürger, die sich an politischen Debatten beteiligen. Politik wird immer von Menschen gemacht, und Menschen bringen immer ihre eigene Persönlichkeit einschließlich ihrer religiösen Prägung – auch Areligiosität ist eine religiöse Prägung – in die Politik mit ein. Und das ist vollkommen richtig. Das Christliche in der Politik ist für mich also zuallererst Politik, die von Christen gemacht wird. Ich selbst bin Protestant, und diese Tatsache hat für mein politisches Engagement immer auch große Bedeutung gehabt.

Aber es geht hier nicht so sehr um mich persönlich als um das allgemeine Prinzip. Es kann uns in der demokratischen Gesellschaft nicht gleichgültig sein, wenn Menschen das Interesse an der Politik verlieren. Und das geschieht, wie wir alle wissen und beim Studium von Wahlbeteiligungen immer wieder sehen können, leider allzu leicht. Ein Grund dafür mag sein, dass viele Entscheidungen inzwischen auf Ebenen getroffen werden, die von der Lebenswirklichkeit durchschnittlicher Menschen weit entfernt sind. Viele verbinden das mit dem Stichwort Globalisierung. Sie verursacht ein Unbehagen, das sich – und dazu trägt die aktuelle Finanzkrise zusätzlich stark bei – in einem Mangel an Vertrauen in und Engagement für etwa auch das Europäische und für die Europäische Union niederschlägt. Wer von Ihnen gestern bei der Europawahl mitgemacht hat, das sind hoffentlich alle, und vorher für

die Europawahl und die Teilnahme geworben hat, weiß ungefähr, wovon ich spreche.

Aber auch schon auf der Ebene des Bundes geht es vielfach um Fragen, deren Bedeutung für das konkrete Zusammenleben der Menschen nicht immer leicht zu vermitteln ist. Das ist einer der Gründe, warum ich so überzeugt bin, dass das Subsidiaritätsprinzip bleibende, ja sogar größer werdende Bedeutung hat. Es steht nicht im Widerspruch zur Globalisierung, sondern seine Bedeutung steigt geradezu mit der Komplexität politischer Zusammenhänge. Das Prinzip besagt, dass wir möglichst dezentral, möglichst bürgernah entscheiden, zunächst einmal gar nicht durch staatliche Organe, sondern in den Familien, in der Verantwortung des Einzelnen, im ehrenamtlichen Engagement, dann in der Kommune, in den Ländern, dann im Bund und in Europa. Wenn es uns nicht gelingt, wichtige Entscheidungen in den Ländern und bei den Kommunen zu belassen, riskieren wir einen noch stärkeren Anstieg der Politikverdrossenheit, der für die Demokratie eine nicht zu unterschätzende Gefahr darstellt.

Damit kommen wir zu der Frage, welche Werte und Kräfte den Einsatz einzelner Bürger oder auch von politischen Gruppen motivieren. Für mich scheint es unstrittig, dass bei uns nach wie vor religiöser Glaube und insbesondere der christliche Glaube eine ganz wichtige Motivation ist – nicht nur, wenn es um Religionsfragen geht, wie jetzt in Berlin. Die Bandbreite politischer Themen mit unmittelbarem Bezug zu religiösen Werten ist weit; sie reicht von sozialen und karitativen Aufgaben von Staat und Gesellschaft über die Kinderbetreuung und Schulbildung bis hin zum Engagement für ethische und politische Grundsatzfragen im Umweltschutz, der Stammzellforschung oder im Asylrecht. Es ist gut, dass wir Quellen ethischer Überzeugung haben und dass es viele Menschen gibt, die aus solchen Quellen schöpfen und aus solchen Quellen politische Überzeugungen entwickeln.

Wir wissen als Demokraten, dass auch aus dem Religiösen keine politischen Wahrheiten zu ziehen sind. Unsere freiheitliche Ordnung lebt gerade vom Wettkampf der Meinungen und existiert aus der Überzeugung heraus, dass durch kontroverse Diskussion mehrheitsfähige Lösungen gefunden werden.

Die Bedeutung des Christlichen in der Politik erschöpft sich aber nicht darin, Quelle für individuelles Engagement zu sein. Ein wichtiges Problem aller modernen Gesellschaften ist die Frage nach ihrer Identität, die Frage, was die Menschen zusammenhält. Die moderne Lebensführung macht uns immer mehr zu Individuen: immer mehr

Menschen arbeiten für sich, sie leben entweder allein als Singles, in längeren oder kürzeren Partnerschaften oder in eher kleineren Familien. Auch die Freizeitgewohnheiten werden immer individueller, unterschiedlicher und auch kurzfristiger.

Es soll niemand die guten Seiten dieser Entwicklung gering schätzen. Sie erlaubt vielen Menschen einen stärker selbstbestimmten Lebensstil, der den eigenen Wünschen und Bedürfnissen entspricht, ein Mehr an Freiheit. Aber wir bezahlen dafür einen Preis, und der besteht darin, dass es uns immer schwerer fällt zu sagen, was uns eigentlich noch verbindet. Das kann für moderne Gesellschaften ein großes Problem werden. Darauf hat der französische Sozialwissenschaftler Emile Durkheim schon vor hundert Jahren hingewiesen – also lange vor der Zeit, in der unzählige Fernsehkanäle, Social Networks und Internet-Chatrooms aufkamen. Durkheim sah den Rückgang der gemeinsamen Religion als wichtigsten Faktor dieser bedrohlichen Entwicklung, nicht zuletzt, weil er als einer der ersten auf die verbindende Rolle der Religion für die Gesellschaft aufmerksam machte.

Ich glaube, auch heute hat Religion eine solche verbindende Rolle. Und das ist der zweite wichtige Grund, warum wir auf das Christliche in der Politik nicht verzichten sollten. Auf die Frage, was Menschen in einer Gesellschaft wie der unseren zusammenhält, antworten manche, das sei der Verfassungspatriotismus. Diejenigen, die so argumentieren, meinen, dass allein die Überzeugung vom demokratischen Wert unserer Institutionen ausreicht, um ein ausreichendes Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen. Natürlich ist solche gemeinsame Überzeugung von großer Bedeutung und sie hat Grund in unserer gelungenen Verfassung. Und wir alle sollten dazu beitragen, dass wir stolz sind auf unsere Verfassung und die von ihr garantierte Ordnung und dass wir sie auch verteidigen. Aber ich glaube nicht, dass Verfassungspatriotismus genug ist.

Der Soziologe Karl Otto Hondrich hat einmal gesagt, dass jede Gesellschaft „geteilter Gefühle“ bedarf: „Vom Einklang der Gefühle geht ein eigener Zauber aus: der Zauber der Einheit.“ Man kann das bei jedem Fußball-Länderspiel sehen. Wir feuern unsere eigene Nationalmannschaft an und nicht die der Franzosen oder der Niederländer, obwohl wir doch alle ähnliche Verfassungswerte haben. Es muss also etwas geben, das tiefer geht. Eine der wichtigsten Quellen und Ressourcen für solche geteilten Gefühle stellt nach wie vor die christliche Religion dar. Sie ist, in den Worten des kanadischen Sozialphilosophen Charles Taylor, eine wichtige „Quelle des Selbst“, ein nach wie vor nicht erschöpfter Ursprung gemeinsamer deutscher und europäischer Identität.

Es sind gemeinsame Werte und gemeinsame Vorstellungen vom Menschen, seiner Existenz, von der menschlichen Gesellschaft und von der Art des Zusammenlebens, die uns verbinden. Wenn man sich mit diesen Fragen beschäftigt, kommt man ziemlich schnell und zwangsläufig auf die Fragen nach dem Davor und dem Danach, die durch alle Fortschritte der modernen Naturwissenschaften nicht wirklich zu erklären sind. Dafür brauchen wir Religion.

Diese Bedeutung von Religion verschwindet nicht dadurch, dass unsere Gesellschaft religiös pluraler geworden ist. Denn zum einen kommt es auf die Verbindung der Menschen überhaupt, also auf die Überwindung eines reinen Individualismus an, der dem gesellschaftlichen und politischen Engagement im Wege steht. Sie wird auch dann von religiösen Gemeinschaften geleistet, wenn sie nicht mehr von der gesamten Bevölkerung geteilt werden. Die *gesamte* Bevölkerung in Deutschland war ja ohnehin nie christlich – das sollten wir nicht vergessen –, und die Fiktion, es wäre so, hatte ihre dunkle Seite in der Ausgrenzung und Diskriminierung der jüdischen und anderer Minderheiten. Umgekehrt haben die christlichen Kirchen aber nicht ihre Bedeutung verloren, weil wir plötzlich entdeckt haben, dass unter uns auch viele Muslime leben. Das Christentum und die großen christlichen Kirchen leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Identität in unserem Land. Sie erreichen nach wie vor viele Menschen. Und sie verbinden sie miteinander – im gemeinsamen Leben des Glaubens und auch durch die vielen Denkanstöße, die Christen in unseren öffentlichen Debatten geben.

Das Christentum hat auch durch seine jahrhundertelange Prägung unserer Kultur eine bleibende Bedeutung für unsere Identität. Ob wir nun auf architektonische Kunstwerke blicken wie den Kölner Dom oder an Musik wie Bachs Matthäuspassion oder Beethovens Missa Solemnis denken. Auch Gemälde und Skulpturen und nicht zuletzt unsere klassische und moderne Literatur – überall hat der Einfluss des Christentums prägende Spuren hinterlassen. In Wahrheit ist unsere Kultur ohne ein hinreichendes Maß an christlicher Alphabetisierung gar nicht zu begreifen.

Dasselbe gilt auch für unser Rechtssystem und die politische Ideengeschichte, aus der heraus es sich entwickelt hat. Wir können auch in diesem Sinn vom Christlichen in der Politik sprechen und etwas ganz Offensichtliches meinen: dass jeder Politiker in Deutschland, ganz gleich welcher Religion er angehört, welchen Glauben er hat und ganz gleich ob er es weiß oder nicht, in seinem politischen Handeln Teil einer

Tradition ist, die Jahrhunderte lang vom Christentum geprägt war und die uns heute noch in unserem Denken und Handeln beeinflusst.

Aber wenn so viel von der verbindenden Rolle der Religion und speziell des Christentums gesprochen wird, unterschlägt man dann nicht die eher unerfreuliche Kehrseite? Hat nicht Religion, hat nicht gerade das Christentum immer wieder Anlass zu Streit, zu Dissonanzen, zu Ausgrenzung und auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Kriegen gegeben? Dieser Vorhalt ist berechtigt, und deshalb müssen wir heute, wo wir vor der Herausforderung einer immer pluraler werdenden Gesellschaft stehen, auch dieser Seite der Religion ins Auge blicken. Wie können wir die verbindenden Kräfte der Religion nutzen, ohne zum Opfer ihrer Potentiale zu Segregation und Konflikt zu werden?

Ein wichtiger Beitrag besteht darin, auf das zu sehen, was die großen Religionen verbindet. Das ist eine ganze Menge. Ich nenne einmal zwei Einsichten: Zum einen schließt der Glaube an Gott die Erkenntnis ein, dass der Mensch nicht unbegrenzt ist. Gerade die gegenwärtige Finanzkrise zeigt einmal wieder die tief in uns steckende Maßlosigkeit. Der Gottesgedanke, der Respekt vor einem Wesen, das uns unsere eigene Begrenztheit aufzeigt und dem gegenüber wir für unsere Handlungen verantwortlich sind, ist ein gemeinsames Element zumindest der bei uns dominierenden monotheistischen Religionen. Der frühere Dresdner Bischof Reinelt hat das bei einer Gedenkveranstaltung zur Zerstörung seiner Heimatstadt einmal so ausgedrückt: „Wo immer in der Welt einer nicht mehr weiß, dass er höchstens der Zweite ist, da ist bald der Teufel los.“

Aus dem Gottesgedanken folgt zugleich auch eine ethische Verpflichtung dem Mitmenschen gegenüber. Nach der jüdisch-christlichen Tradition ist der Mensch als Ebenbild Gottes geschaffen. Deshalb ist die Verehrung Gottes unmittelbar mit der Achtung vor der Würde der Menschen verknüpft. Diesen Zusammenhang bringt die Bibel mit dem Doppelgebot der Liebe zum Ausdruck: Alle Gebote können auf das Gebot der Gottesliebe und der Nächstenliebe reduziert werden. Dieser Gedanke hat in unserem Grundgesetz zur Postulierung der „Würde des Menschen“ geführt.

Was bedeuten nun diese Überlegungen für die Integration der Muslime und die Eingliederung des Islam in unsere freiheitliche Gesellschaft und Lebensordnung? Ich will den Grundgedanken, der mich zur Einberufung der Deutschen Islam Konferenz veranlasst hat, so beschreiben: Die deutsche Gesellschaft, die deutsche Politik muss lernen, den Islam als einen selbstverständlichen Teil unserer Wirklichkeit zu begreifen. Das ist

ein Lernprozess für uns. Umgekehrt müssen die unterschiedlichen islamischen Gruppen und die nicht organisierten Muslime in Deutschland lernen, sich als Teil der deutschen Gesellschaft zu betrachten. Das schließt – darüber gibt es in der Islamkonferenz gar keinen Dissens – eine Bereitschaft zur Akzeptanz bestimmter Grundregeln unseres Zusammenlebens ein. Das sind in erster Linie die geltenden Gesetze, aber eben auch die Werte, auf denen diese Gesetze beruhen. Dazu gehört auch der Respekt für die gewachsenen Traditionen und Prägungen unseres Landes, also auch für unsere vom Christentum beeinflusste Kultur.

Diese gegenseitige Akzeptanz auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen ist eine wesentliche Leistung der Deutschen Islam Konferenz. Alle Repräsentanten des muslimischen Lebens in Deutschland haben sich dort im 3. Plenum im März letzten Jahres zur „vollständigen Beachtung der deutschen Rechtsordnung und der Werteordnung des Grundgesetzes“ bekannt. Das gemeinsame Verständnis geht aber noch viel tiefer: Es beinhaltet ausdrücklich das Bekenntnis zur Säkularität der öffentlichen Ordnung und zu den Grenzen religiöser Freiheit, wie sie unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung besitzt. Dieses gemeinsame Bekenntnis ist ein wichtiger Fortschritt gegenüber früheren Erklärungen einzelner muslimischer Verbände, weil es keinerlei Einschränkungen oder Vorbehalte mehr enthält.

Im Zwischenresümee der Islamkonferenz finden sich weitere wichtige Aussagen. Von allen Teilnehmern ist anerkannt worden, dass ein gedeihliches, friedliches und respektvolles Zusammenleben aller Menschen – gleich welchen Glaubens – in unserem Land die Integration aller Menschen in die freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung voraussetzt. Die Verbände haben auch zugestimmt, dass die in ihr zum Ausdruck kommenden Rechte und Pflichten der Einzelnen wie auch ihrer Zusammenschlüsse für jeden, der in Deutschland lebt oder leben will, verbindlich sind. Ausdrücklich haben die Mitglieder der Konferenz von Zuwanderern die aktive Bereitschaft zu Erwerb und Gebrauch der deutschen Sprache verlangt. Umgekehrt hat sie festgestellt, dass die Mehrheitsgesellschaft gefordert ist, in Deutschland lebende Muslime als gleichberechtigten Teil der deutschen Gesellschaft anzuerkennen und zu respektieren.

Interessant für unsere Frage nach der Zukunft des Christlichen in der Politik sind auch die Aussagen der Islamkonferenz zur privaten und öffentlichen Rolle von Religion. Religiöse Gebote oder religiöse Werte, so haben es die Teilnehmer gemeinsam formuliert, könnten einen wichtigen Beitrag zu einem sinnerfüllten Leben des Einzelnen und zu

einem konstruktiven Miteinander in der Gesellschaft leisten. Die religiöse Freiheit des Einzelnen finde jedoch dort ihre Grenzen, wo sie im Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht. Deshalb sei es die gemeinsame Verantwortung des Staates und seiner Bürger, ein demokratisches Miteinander auf der Grundlage der deutschen Rechtsordnung und der Werteordnung des Grundgesetzes zu fördern. Es sei die Aufgabe des Staates, die Rechte aller Bürger zu schützen und Bestrebungen gegen die freiheitliche Demokratie zu begegnen. Das ist eine Absage an Fundamentalismus.

Trotz solcher klärender Aussagen wird von manchem noch immer bezweifelt, dass ein gemeinsames Engagement von demokratischem Staat und islamischen Bürgern auf der Basis des Grundgesetzes und unserer freiheitlichen Ordnung überhaupt möglich ist. Gelegentlich werde ich gefragt: Verträgt sich der Islam überhaupt mit der Demokratie? Nun, wer ein wenig über die Geschichte des deutschen Protestantismus weiß, der wird sich nicht aufs hohe Ross schwingen können. Es brauchte immerhin 200 Jahre und die totale Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, bis es den deutschen Protestanten in ihrer Mehrheit möglich war, die Demokratie anzunehmen und aus dem Glauben heraus zu begründen.

Der Islam und die Muslime in Deutschland haben diese Zeit nicht. Angesichts der großen Probleme unserer Zeit wird es schneller gehen müssen. Deshalb müssen wir die Frage stellen, wie es um die politische und ethisch-soziale Dimension des Islam bestellt ist.

Wie die anderen monotheistischen Religionen erhebt der Islam den Anspruch, neben der Beziehung zwischen Gott und Mensch auch das menschliche Zusammenleben zu regeln. Anhänger der Religion sind aufgefordert, ihre Handlungen an einem bestimmten, auf religiösen Vorschriften basierenden ethischen Wertesystem auszurichten. Der Islam wird von seinen Anhängern als eine Religion beschrieben, die hinsichtlich der zwischenmenschlichen Beziehungen eine Religion der Gerechtigkeit, der sittlichen Vollkommenheit, der Barmherzigkeit und des Friedens sei. Der Schutz dieser Güter soll nach dem Verständnis der Moslems selbst Aufgabe des islamischen Rechts, der Scharia sein.

Gleichzeitig zeigt die Geschichte des Islam aber auch, dass seine Grundgedanken historisch und geographisch stark variieren. Der Islam ist keine monolithische Größe – so wenig wie Christentum oder Judentum –, die überall und zu allen Zeiten unverändert auftritt. Im Gegenteil: Er erweist sich als ausgesprochen anpassungsfähig an politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen; nur das erklärt auch seinen globalen Erfolg, der sich nicht auf die Länder des Nahen

Ostens beschränkt, sondern weite Teile Süd- und Ostasiens und Nordafrikas mit umfasst.

Im Vergleich mit den uns vertrauten christlichen Institutionen muss außerdem bedacht werden, dass den islamischen Konfessionen keine dem Papst der katholischen Kirche vergleichbaren zentralen theologischen Autoritäten vorstehen. Der Islam ist auch nicht in Form einer „Kirche“ organisiert. Das ist eines der Probleme, die wir bei der Frage des islamischen Religionsunterrichts als Bekenntnisunterricht an staatlichen Schulen, der eine Partnerschaft zwischen Staat und Kirche voraussetzt, haben. Der Islam ist keine Kirche. Vielmehr haben einige, wenn auch nicht die meisten Staaten der islamisch geprägten Welt seit der Auflösung des Kalifats 1924 den Islam in die eigene staatliche Bürokratie eingegliedert, um den Bereich der religiösen Anleitung und Religionspraxis zu kontrollieren. Das ist in der Türkei der Fall und in einer Reihe anderer islamischer Länder.

Für die Verständigung mit den deutschen Muslimen bringt das ein nicht geringes praktisches Problem mit sich. Die in Deutschland lebenden Muslime orientieren sich in religiösen Fragen in starkem Maße an ihren Herkunftsländern. Das umfasst die von den jeweiligen Staaten kontrollierten Formen des Islam, aber auch die Opposition dagegen und alternative, orthodoxe wie fundamentalistische und liberale Strömungen. Die überwiegende Mehrheit der Muslime in Deutschland stammt aus der Türkei und deswegen dominieren auch bei uns die türkischen Sichtweisen und Bruchlinien des Islam. Nachhaltig ändern wird sich das wahrscheinlich erst, wenn es in Deutschland und Westeuropa zur Entwicklung einer eigenständigen, auf die hiesigen Gegebenheiten gestützten islamischen Theologie kommt. Davon sind wir bislang noch weit entfernt. Die wenigen von islamischen Gelehrten besetzten Lehrstühle, die wir bislang haben, reichen jedenfalls nicht aus, den religiösen Diskurs der Muslime oder gar des globalen Islam nachhaltig zu beeinflussen.

Und doch zeigen sich innerhalb des Islam interessante Entwicklungen – gerade in Fragen, die aus unserer westlichen, demokratischen Sicht für das Funktionieren einer freiheitlichen Gesellschaft grundlegend sind. Ich habe vorhin von der Bedeutung gesprochen, die eine religiöse Begründung der Menschenwürde haben kann. Nun ist es richtig, dass es im globalen Islam gegenwärtig noch einflussreiche Kräfte gibt, die sich dieser Einsicht entweder gänzlich verweigern oder jedenfalls Menschenwürde in einem Sinn verstehen, der unserem Verständnis sehr fremd ist. Menschenwürde wird etwa von der „Würdigkeit“ der einzelnen Menschen abhängig gemacht und so ihrer Erfüllung gesellschaftlicher

und religiöser Pflichten nachgeordnet, was im Ergebnis so ziemlich genau das Gegenteil dessen ist, worum es im Grundgesetz bei der Erwähnung der Menschenwürde geht.

Andererseits leiten immer mehr liberale muslimische Gelehrte aus dem Koran das Konzept der Menschenwürde in einem neuzeitlichen Sinne ab und übersetzen damit den Menschenrechtsgedanken, die Universalität der Rechte des Menschen, in einen islamischen Kontext. In dieser Interpretation wird Menschenwürde als eine unverlierbare Ehre jedes Menschen verstanden, die ihm unabhängig von seiner Religion, auch unabhängig von Geschlecht, Rasse etc. zukommt und die unter allen Umständen respektiert werden muss. Auf der Grundlage des Koran wird argumentiert, dass die Menschenwürde allen Menschen im Zusammenhang mit dem Schöpfungsakt von Gott selbst gestiftet wurde und deshalb weder erst verdient werden muss noch verlierbar ist. Sie ist – ganz wie in unserer Rechtsordnung und der jüdisch-christlichen Tradition – ein unveräußerlicher Besitz des Individuums.

Natürlich ergeben sich bei der Ableitung der Menschenwürde aus dem Koran auch Probleme. Denn der Koran enthält zum Beispiel Regeln zur Stellung der Frau, die mit dem modernen Gedanken von der Menschenwürde nicht vereinbar sind. Die Ehefrau darf einseitig von ihrem Ehegatten sowohl verstoßen als auch – nach „klassischer“ Auffassung – gezüchtigt werden; ihre Stimme zählt vor Gericht nur halb so viel wie die eines Mannes. Aber das sind Probleme, die auch Christen und Juden ähnlich mit der Bibel haben oder hatten, und wenn Menschen heute versuchen, ihr Leben wörtlich nach einem alten Verständnis der Bibel auszurichten, ergeben sich oft analoge Schwierigkeiten mit der modernen Lebenswirklichkeit. Unter liberalen islamischen Gelehrten wächst die Einsicht, dass der Koran Vorschriften enthält, die vor 1.400 Jahren auf der arabischen Halbinsel sinnvoll gewesen sind, die aber nicht einfach in die Welt des 21. Jahrhunderts übertragen werden können.

Die Entwicklungen im deutschen und im weltweiten Islam sind natürlich widersprüchlich und komplex. Niemand kann sagen, wie sie ausgehen werden. Niemand kann ausschließen, dass in den kommenden Jahrzehnten Fundamentalisten die Oberhand behalten. Aber wir können doch hoffen, dass sich – zum Beispiel bei uns in Europa – ein weltoffener, demokratisch gesinnter Islam herausbildet, der seine religiöse Anziehung für die bei uns lebenden Muslime bewahrt und zum Vorbild wird.

Wahr ist jedenfalls, dass die Mehrzahl der Muslime, die in Deutschland leben, lieber unter den Rahmenbedingungen unserer Rechts- und Freiheitsordnung leben als in der islamisch geprägten Länder. Für unsere Gesellschaft ist es von überragender Bedeutung, dass die Integration der Muslime und ihres Glaubens sich in diesem modernen, freiheitlichen Sinne vollzieht. Ich bin zuversichtlich, dass uns das in Europa gelingen kann. Die Dinge sind in Bewegung, nicht nur in Deutschland, auch in Frankreich, das in der Auseinandersetzung mit dem Islam unter dem damaligen Innenminister und heutigen Staatspräsidenten Sarkozy ein ganzes Stück weit von seiner Grundidee des strikten Laizismus abgerückt ist. Das ist auch deshalb interessant, weil es vielleicht ermöglicht, dass wir auch in Europa – denken Sie an die Debatten um den Gottesbezug in der Verfassung – in eine Entwicklung kommen können, in der wir voneinander lernen und uns aufeinander zu bewegen können. Ich sehe jedenfalls in Deutschland zu dem Weg, den wir mit der Islamkonferenz einzuschlagen versucht haben, keine verantwortbare Alternative.

Natürlich ist das alles eher ein Dialog unter Eliten. Das ist wahr, aber es ist die Funktion von Eliten, dass sie vorangehen und dass sich ihr Ansatz verbreiten schrittweise in immer mehr konkrete Vorhaben münden muss. Schon jetzt aber haben wir auf beiden Seiten eine Menge gelernt und Vertrauen gewonnen. Es ist zum Beispiel deutlich geworden – das findet mittlerweile auch Eingang in die internationale Debatte unter muslimischen Gelehrten –, dass unser Religionsverfassungsrecht verschiedene Wege für eine Kooperation zwischen Staat und Muslimen bereithält. Das passt besser auf die innermuslimische Vielfalt mit ihren nicht kirchenähnlichen Strukturen, als vielen bewusst ist. Möglicherweise bietet es viel mehr Raum für die innerislamische Vielfalt als die Ordnung in den islamisch geprägten Ländern. Ich bin mir jedenfalls ziemlich sicher, dass sich in den kommenden Jahren eine große Vielfalt an Kooperationsformen mit unserem Staat entwickeln wird.

Dass wir deshalb aber vom Christlichen in der Politik Abschied nehmen müssten, sehe ich überhaupt nicht. Im Gegenteil: ich habe zunehmend den Eindruck, dass die Debatten in der Islamkonferenz und die Debatten über den Dialog mit dem Islam zu einem stärkeren Bewusstsein für die wichtige Rolle des Christlichen in unserem Land führen. Selbst manchem „religiös Unmusikalischen“ ist inzwischen deutlicher geworden, wie maßgeblich Werte wie Menschenwürde, Freiheit oder Mäßigung für unser Zusammenleben sind.

Ich habe mich kürzlich nach dem Scheitern der Berliner Initiative „Pro Reli“ mit Bischof Huber unterhalten. Und wir waren uns ziemlich schnell einig, dass die Debatte sich trotzdem gelohnt hat: Das Christliche und politisch engagierte Christen werden gebraucht, heute und in der Zukunft noch mehr.

**V. Schlusswort von Harald Schliemann, Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht a.D., Justizminister des Landes Thüringen a.D.**

Herr Busemann, Sie haben in einem sehr persönlich gehaltenen Gruß schon mehr als einen Hinweis gegeben; sie haben, Ihr eigenes Engagement deutlich gemacht. Haben Sie dafür herzlichen Dank und auch dafür, dass Sie wieder in Erinnerung gerufen haben, wie weit Niedersachsen eigentlich schon ist. Das wird so langsam nicht immer mehr erkannt.

Herr Schäuble, von Ihnen sind wir deutliche und klare Worte, aber auch Differenzierungen gewohnt und diese Erwartungshaltung, die haben Sie - finde ich - mit Ihrem fundierten Vortrag und ganz besonders mit Ihrem sehr, auch im Ton ganz persönlich engagierten Antworten mehr als übertroffen.

Das Christliche in der Politik, also nicht die „christliche Politik“, und die Integration des Islams, das sind zwei - denke ich - programmatische Themen. Es ist nicht unbedingt nur eins, eigentlich sind es zwei, denn wir vergessen gelegentlich, dass eigene Christliche in der Politik. Wir vergessen gelegentlich, woher unsere Grundwerte herkommen. Wir haben den Eingangssatz der Präambel unseres Grundgesetzes vielleicht nicht mehr so täglich vor Augen wenn es dort heißt: Im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott. Der Satz ist Ausdruck ganz tiefer religionsphilosophischer Überzeugung eines Staatsvolkes.

Und das steht nicht im Gegensatz zu Artikel 140 Grundgesetz mit dem Weimarer Reichsverfassungsartikeln. Natürlich hat der Staat nicht die Aufgabe, Religion zu verordnen und umgekehrt wollen wir es auch nicht und haben es so geregelt, dass die Religion nicht den Staat bestimmt. Aber dadurch sind wir nicht zu einem religiösem Neutrum geworden.

Wir sind ein durchaus religionspolitisch neutraler Staat, aber wir sind ein Staat mit einer tiefen religiösen Gründung, philosophisch, ethisch und das schlägt sich durch in unsere Politik bis hin zu banalen Dingen, dass wir heute noch Eidesformeln haben, bei denen man den Gottesbezug wählen kann, nicht mehr sprechen muss.

Das andere ist aber und das ist glaube ich die wichtige Botschaft, die heute hier herübergekommen ist von Ihnen, lieber Herr Schäuble: Die Sache mit Multikulti wird so nicht funktionieren, wie die Erfinder von Multikulti sich das ganz bequem gedacht haben. Ein ethisch neutrales Wertegerüst gibt es gar nicht. Das kann nicht funktionieren. Und wenn es

nicht funktionieren kann, dann muss man das auch offen bekennen und sagen. Und wenn wir nun zwei Parteien in Deutschland haben, im Süden die eine und in allen anderen Ländern die andere, die „christlich“ auf ihr Signet geschrieben haben, dann heißt das eben nicht, dass sie eine Christenpolitik machen wollen, aber, dass sie das Christliche in der Politik bewahren wollen.

Und das genau geschieht auch durch den deutschen Dialog mit dem Islam durch die Islamkonferenz. Der Weg dieser Konferenz ist ein bisher wirklich erfolgreicher. Die Störfeuer, die man gelegentlich hier und da vernimmt, sollten einen nicht irritieren, sollten niemanden irritieren.

Das Tolle finde ich bei solchen Unternehmungen, sich mit einer anderen Religion und Angehörigen anderer Religionen, der Islam, Sunniten, Schiiten und was haben wir noch so für große und kleine Gruppen, auseinanderzusetzen. Das Tolle ist so ähnlich, wie wenn ein Jurist sich mit fremden Recht auseinandersetzt. Er reflektiert ganz deutlich über das eigene, um das eigene dem Fremden deutlich und verständlich zu machen.

Dieser Binnenreflex sollte nicht unterschätzt werden. Das ist auch heute in dem Vortrag und den Antworten deutlich geworden. Wir reflektieren an den Fremden, was wir selber eigentlich wissen sollten. Was wir aber nicht immer so wissen und was alltäglich im Leben zu beachten nicht immer ganz leicht fällt.

Ein Schlusswort ist kein Co-Referat. Deswegen bleibt nur ein kleiner Hinweis noch oder drei: Ein Dank, ein großer, ein ganz großer an Sie lieber Herr Schäuble. Der weite Bogen, den Sie heute gezogen und gespannt haben, da wird in den allermeisten von uns noch lange nachschwingen und sicherlich auch das eine oder andere, was man dann hört, liest in anderer Reflektion erscheinen lassen, als man es üblicherweise aufnimmt.

Das zweite ist, neben dem Dank an Herrn Busemann für sein Grußwort, nochmals der Dank an die Konrad-Adenauer-Stiftung. Der kleine LACDJ ist zu vielem fähig, aber finanziell zu nichts in der Lage. Da brauchen wir dann immer die große Hilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung. Herr Jäger, ganz, ganz herzlichen Dank Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür, dass dieser Tag und dieser Abend hier so gestaltet werden konnte.

## **Autoren:**

### **Justizminister Bernd Busemann MdL**

Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Köln,

1. jur. Staatsexamen 1979

Referendariat beim OLG Oldenburg, 2. jur. Staatsexamen 1982

seit 1971 Mitglied der CDU  
1972 - 1974 Zeitsoldat in Buxtehude (Leutnant. d. Res.)  
seit 1982 Rechtsanwalt und seit 1985 Notar  
seit 1987 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Aschendorf-Hümmling  
seit 1994 Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag  
4.3.2003 bis 26.02.2008 Niedersächsischer Kultusminister  
seit 26.2.2008 Niedersächsischer Justizminister

### **Harald Schliemann**

1973 Rechtsanwalt  
1975 Richter  
1979 Direktor des Arbeitsgerichts Emden  
1983 Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Niedersachsen  
1987 Richter am Bundesarbeitsgericht  
1994 Stellvertreter des Vorsitzenden Richters im Fünften Senat  
1998 Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht  
8.7.2004 bis 8.5.2008 Thüringer Justizminister  
seit 2003 stellvertretender Landesvorsitzender des Landesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen in Niedersachsen  
seit 2005 stellv. Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ);  
Vorsitzender Fachkommission "Justizreform" im BACDJ

- Präsident des Verfassungsgerichtshofes der EKD
- Vors. Richter des Ersten Senates des Kirchengenrichtshofes der EKD
- Vorsitzender der arbeitsrechtlichen Schiedskommission in Rheinland-Westfalen/Lippe

## **Dr. Wolfgang Schäuble MdB**

Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den  
Universitäten Freiburg und Hamburg

- seit 1965 Mitglied der Christlich Demokratischen Union (CDU)
- seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1976 – 1984 Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sport der CDU
- 1978 – 1984 Rechtsanwalt beim Landgericht Offenburg
- 1981 – 1984 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion
- 1984 – 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des  
Bundeskanzleramtes
- 1989 – 1991 Bundesminister des Innern
- seit 1989 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
- 1991 - 2000 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen  
Bundestages
- 1998 - 2000 Vorsitzender der CDU Deutschlands
- seit 2000 Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands
- 2002 - 2005 Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag für Außen-, Sicherheits- und  
Europapolitik
- 2005 - 2009 Bundesminister des Innern
- seit 2009 Bundesminister der Finanzen

## Reihe „Rechtspolitik in der Diskussion“

- 1 Eigentumsrechtliche Fragen im Zuge der Wiedervereinigung**  
Christian Wulff MdL, Dr. Wolfgang Knippel, Lothar Rilinger,  
Rainer Robra, Prof. Dr. Wolfgang Frhr. v. Stetten MdB, Albrecht Wendenburg:
- 2 Integration von Ausländern und doppelte Staatsbürgerschaft“**  
Christian Wulff MdL, Senator Ralf H. Borttscheller MdBB, Gabriele Erpenbeck,  
Prof. Dr. Axel Frhr. v. Campenhausen, Prof. Dr. Hans-Hugo Klein, Lothar Rilinger:
- 3 Erfolg vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof – Entscheidungen ohne Wirkung?**  
Bernd Busemann MdL
- 4 Steuern. 21 Thesen zur Steuerpolitik in Deutschland**  
Friedrich Merz MdB
- 5 Sozialstaat 21- Sicherheit und Verantwortung**  
Christian Wulff MdL
- 6 Die Einheit Deutschlands - Erfahrungen und Prognosen**  
Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdL
- 7 Neuorientierung in der Strafvollzugspolitik. Kann Privatisierung nützlich sein?**  
Minister Dr. Christean Wagner MdL
- 8 Gesetzliche Rentenversicherung im Umbruch  
Ausgangsbedingungen, Reformversuche, Anpassungsmaßstäbe**  
Dr. jur. Günther Schneider
- 9 Die Justiz als Standortfaktor in einem sich erweiternden Europa**  
Minister Prof. Dr. Kurt Schelter
- 10 Thesen zur Kriminalpolitik.**  
Christian Wulff MdL, Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind, Adolf Stange
- 11 Die Zukunft der EU**  
Minister Prof. Dr. Kurt Schelter, Dr. Norbert Röttgen MdB
- 12 Zuwanderung Begrenzen – Integration fördern. Zwei Reden zu einer umstrittenen Frage**  
Ministerpräsident Peter Müller
- 13 Die Kriminalitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nach Öffnung der Ostgrenzen und im Vorfeld der geplanten EU-Osterweiterung**  
Ingmar Weitemeier, Direktor des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern
- 15 Wohin steuert die EU?**  
Prof. Dr. Hans-Gert Poettering MdEP
- 16 Europapolitische Aspekte nach der deutschen Bundestagswahl**  
Christian Wulff MdL
- 17 Der EU- Ausschuss des Deutschen Bundestages in der 14. Wahlperiode**  
Dr. Friedbert Pflüger MdB
- 18 Europa - Wunsch und Wirklichkeit**  
Dr. h.c. Hans von der Groeben . Ein Gespräch mit Lothar C. Rilinger
- 19 Herausforderungen an die Innere Sicherheit 2003**  
Minister Dr. Günther Beckstein MdL
- 20 Was können wir von der Justiz fordern? Gedanken über eine Strukturreform**  
Ministerin Elisabeth Heister-Neumann

## **Reihe „Rechtspolitik in der Diskussion“**

- 21 Aktueller Diskussionsstand zum Zuwanderungsgesetz**  
Minister Uwe Schünemann MdL
- 22 Aufbruch oder Stillstand - Wie kommt die Wirtschaft in Deutschland wieder in Fahrt?**  
Dr. Jürgen Großmann
- 23 Justizpolitik aus Thüringer Sicht**  
Minister Harald Schliemann
- 24 Dr. Ernst Albrecht - Reden anlässlich seines 75. Geburtstages**  
Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Vogel, Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 25 Halbzeitbilanz: Niedersachsen - solide finanziert**  
Minister Hartmut Möllring MdL; Mit einem Grußwort von Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 26 Europäischer Auftrag und nationale Interessen**  
Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 27 Viel erreicht - viel zu tun. Drei Jahre CDU/FDP-Regierung in Niedersachsen**  
David McAllister MdL
- 28 Justizreform: Mehr Effizienz und Transparenz**  
Minister Harald Schliemann, Ministerin Elisabeth Heister-Neumann, Dr. Jürgen Gehb MdB, Karl-Helge Hupka, Dr. Ulrich Scharf
- 29 Das Attentat vom 20. Juli 1944**  
Ministerpräsident Christian Wulff MdL, Dr. Axel Smend
- 30 Gerechte Strafe – verantwortlicher Vollzug**  
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann
- 31 Wirtschaft, Bildung und Familie. Politik auf klarem Wertefundament**  
Ministerpräsident Dieter Althaus MdL
- 32 Das Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 - Der Aufstand des Gewissens und seine Wirkungsgeschichte**  
Dr. h.c. Ministerpräsident Christian Wulff MdL, Dr. Axel Smend, Prof. Dr. Johannes Tuchel, Hanno Graf v. Kielmansegg, Landesbischof Dr. Friedrich Weber, Christian Schleicher, Lothar C. Rilinger
- 33 Rechts- und justizpolitische Vorstellungen für die laufende Legislaturperiode**  
Justizminister Bernd Busemann MdL
- 34 Politik in der Vertrauenskrise**  
Stefan Dietrich

1. Auflage 2009

Diese Dokumentationen können bezogen werden von der  
CDU in Niedersachsen  
Wilfried-Hasselmann-Haus  
Hindenburgstraße 30  
30175 Hannover  
Tel. 0511-27991-41  
Fax 0511-27991-42  
E-mail: [lacdj@cdu-niedersachsen.de](mailto:lacdj@cdu-niedersachsen.de)